

Wie definiert sich Elite?

Der Philosoph Boris Groys über die Debatten von Thilo Sarrazin, Peter Sloterdijk und Berlin als Welthauptstadt der Bohème

Boris Groys ist ein philosophischer Kosmopolit. Er wurde 1947 in Ost-Berlin geboren, studierte in Leningrad Mathematik und Philosophie und reiste 1981 in die Bundesrepublik aus. Von 1994 bis 2009 lehrte er Kunstwissenschaft, Philosophie und Medientheorie an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe. Seit September hat er eine Professur an der New York University inne.

SZ: Herr Groys, ein Interview mit Thilo Sarrazin über Berlin in der Zeitschrift *Lettre international* hat in Deutschland für Wirbel gesorgt. Im selben Heft steht auch ein langes Gespräch mit Ihnen. Interessanterweise stimmen Sie mit Sarrazin darin überein, dass Berlin eine Hauptstadt der Stagnation ist.

Boris Groys: Ja, das stimmt. Allerdings mag ich diese Stagnation, und er mag sie nicht.

SZ: Warum mögen Sie die Berliner Stagnation?

Groys: Weil die Stagnation uns den wertvollsten Rohstoff zur Verfügung stellt, den es überhaupt gibt – nämlich Freizeit. Die ganze Kultur ist eigentlich aus diesem Material gemacht. Berlin ist heute die Welthauptstadt der Bohème – eine kulturelle Idylle.

SZ: Und was halten Sie von Sarrazins Positionen?

Groys: Er hat schon sehr merkwürdige Vorstellungen von Migranten und von der Unterschicht. Die Unplausibilität seiner Überlegungen hängt damit zusammen, dass er die Zugehörigkeit zu einer Elite mit dem Bildungsstand identifiziert. Das finde ich mehr als problematisch. Schauen Sie, Fußballer, Rapper und Models gehören zum Beispiel auch zur Elite. Sie verdienen viel Geld und haben ein Elitebewusstsein.

SZ: Zur ökonomischen Elite.

Groys: Ja, aber auch zur medialen Elite. Dabei sind sie nicht besonders gebildet. Ich glaube nicht, dass Zugehörigkeit zur Elite überhaupt etwas mit Bildung zu tun hat. Die Entstehung von Eliten ist ein gesellschaftlicher Prozess, der mal eine Gruppe von Menschen, mal eine andere Gruppe von Menschen nach oben treibt. Diese Prozesse kann man nicht vorhersehen und nicht steuern – auch nicht mittels Bildung. Das Problem aller totalitären Projekte besteht darin, dass man glaubt, entscheiden zu können, wer unter welchen historischen Bedingungen Erfolg haben soll. Aber historisch gese-

hen erweisen sich solche Vorhersagen und Projekte meistens als komplett falsch. Dass die Gebildeten zur Elite gehören sollen, ist zum Beispiel einfach falsch. Man kann sich leicht eine Gesellschaft vorstellen, in der die Elite ausschließlich aus Ungebildeten besteht. Bildung kostet sehr viel Zeit und Kraft. Sie lenkt eigentlich vom Erfolg ab.

SZ: Aber Sie lehren doch jetzt an einer Universität, die gerne als Beispiel für amerikanische Elitenbildung genannt wird.

Groys: Ja, aber Universitäten sind nur ein kleiner Teil eines Elitensystems und gehören nicht selbst zur Elite. Die Frage ist doch: Wie definiert sich Elite? Unter den Bedingungen des Kapitalismus gibt es nur eine Geldelite. Wer Geld hat, hat auch soziale Möglichkeiten, sein eigenes und das gesellschaftliche Leben zu gestalten. Und Bildung ist nur ein Weg zum Geld, wahrscheinlich nicht der beste und sicher nicht der effizienteste. Die Eliten-Diskussion in Deutschland krankt daran, dass man Bildung mit Elite identifiziert. Das ist völlig antiquiert und entspricht keineswegs der gesellschaftlichen Realität. In Amerika würde das niemand machen, weil alle wissen, dass ein Model oder ein Hollywood-Schauspieler viel erfolgreicher sind als jeder Elitestudent, den die Ivy-League produziert.

SZ: Also hängen die Deutschen einem romantischen, bildungsbürgerlichen Elitebegriff nach?

Groys: Einem Vorurteil, ja. Was Sarrazin über Unterschichten sagt, ist auch ein Vorurteil. Zum Beispiel übersieht er die Tatsache, dass einige türkische Rapper auch in Berlin ziemlich erfolgreich sind. Es gäbe noch viele andere Beispiele. Und auf der anderen Seite gehören Mathematiker und Ingenieure meistens nicht zur Elite, sondern im besten Fall zur Mittelschicht.

SZ: Ihr ehemaliger Karlsruher Kollege Peter Sloterdijk hat eine Debatte über gesellschaftliche Ober- und Unterschichten ausgelöst, unter anderem mit dem Vorschlag, den Steuerstaat auf ein geregeltes Schenkungswesen umzustellen. Was halten Sie davon?

Groys: Das war sicherlich nicht als realistischer Umbauplan, sondern als Denkanregung gedacht. An der gesamten Diskussion ist aber problematisch, dass man übersieht, dass der Staat vor allem ein Repressionsmechanismus ist. Die primäre Aufgabe des Staates ist es, Ungleichheit

zu gewährleisten. Also den armen Teil der Bevölkerung daran zu hindern, den Wohlhabenden das Geld abzunehmen.

SZ: Sloterdijk hatte argumentiert, der Staat sei in erster Linie eine Macht, die die Reichen per Zwangssteuer unterdrückt.

Groys: Davon bin ich nicht überzeugt. Wenn der Staat nicht da wäre mit all seinen Kontrollmechanismen, dann würde der ärmere Teil der Bevölkerung gar keine Zuwendungen brauchen. Die Armen würden sich das Geld einfach revolutionär nehmen und das Problem der Ungleichheit wäre sofort gelöst. Über diese Möglichkeit spricht Sloterdijk übrigens auch. Die staatliche Umverteilungsfunktion ist eigentlich eine sekundäre. Und die Umverteilung wird auch nur vollzogen zum Schutz der wohlhabenden Klassen. In Ländern, wo der Staat schwach ist, zum Beispiel in Brasilien, leben die Reichen sehr gefährlich. Sie bilden Privatarmeen, um sich zu schützen.

Die primäre Aufgabe des Staates ist es, Ungleichheit zu gewährleisten

SZ: Sehen Sie das auch in den USA?

Groys: In den USA wird der Kontrolle über die nicht wohlhabenden Klassen der Vorzug gegeben gegenüber ihrer Pazifizierung. Das äußert sich zum Beispiel an den überfüllten amerikanischen Gefängnissen. Anstatt die Leute mit Geld zu pazifizieren, steckt man sie ins Gefängnis, was keine besonders produktive Politik ist. Obama und viele andere denken jetzt in Richtung eines europäischen Sozialstaates. In der amerikanischen Presse liest man immer wieder, die Leute sollten mehr Geld und soziale Sicherheit bekommen, anstatt in eine ausweglose Lage gebracht, inhaftiert und ins Gefängnis gesteckt zu werden. Das würde den Staat im Grunde viel weniger kosten.

SZ: In *Lettre* sagen Sie, Berlin sei im Kalten Krieg die Hauptstadt der Welt gewesen und nach dem Mauerfall nur noch die Hauptstadt Deutschlands. Sie beklagen, dass Deutschland insgesamt provinzieller geworden ist und ins „Eigenkulturelle“ zurücksinkt.

Groys: Wenn ich die achtziger Jahre, als ich nach Westdeutschland kam, mit der heutigen Zeit vergleiche, habe ich in der Tat diesen Eindruck. Der themati-

sche Kreis, über den in Deutschland diskutiert wird, hat sich verengt.

SZ: Aber gibt es nicht in allen Ländern eine ähnliche Tendenz?

Groys: Nicht ganz. In Amerika oder in England gibt es eine massive Immigration aus verschiedensten Ländern. Das übt einen gewissen Druck auf die Öffentlichkeit aus. Man ist sehr gut darüber informiert, was in arabischen Ländern oder in Indien passiert. Natürlich sind gewisse Medien sehr stark auf Amerika konzentriert, aber auf der anderen Seite hat man das Gefühl, Amerika ist für alles verantwortlich, was in der Welt passiert. Und das reflektiert sich auch im Bildungssystem ganz deutlich.

SZ: Meinen Sie, in dieser Hinsicht könnte sich noch etwas ändern für Europa mit seinen Einzelstaaten, wenn diese auch ihre eigene Sprache und Kultur beibehalten wollen? Oder ist Europa zur Kleinstaaterei verdammt?

Groys: Ja und nein. Es gibt mittlerweile zwei Ebenen der kulturellen Aktivität. Man funktioniert in der eigenen Sprache und innerhalb der eigenen Kultur, aber gleichzeitig benutzt man Englisch, als Latein unserer Zeit, und beginnt international zu wirken. Diese Zweigleisigkeit wird in vielen Ländern praktiziert und erweist sich als durchaus effizient. Es scheint mir die optimale Strategie zu sein. Kollegen, die ständig versuchen, beide Ebenen beizubehalten, können über etwas berichten, was die anderen nicht kennen. Sie tun das in der Sprache, die international anerkannt wird. Da gibt es Probleme mit der deutschen Akademie. Modische Sprachfiguren werden nur sehr langsam anerkannt und assimiliert. Es gibt eine gewisse Resistenz gegen den internationalen Sprachgebrauch.

SZ: Den muss man wohl auch erst mal erlernen. Für Geisteswissenschaftler dürfte es schwer sein, die Publikations-sprache zu wechseln.

Groys: Ja, aber ich sehe darin tendenziell eine Notwendigkeit. Es geht nicht nur um die englische Sprache als solche, sondern auch um eine gewisse Art, die englische Sprache zu benutzen. Die Fertigkeit zu international gängigen Formulierungen und eine gewisse Terminologie kann man schon erlernen. Viele deutsche Kollegen, besonders jüngere, machen das mittlerweile auch. Das freut mich eigentlich.

Interview: Tobias Haberkorn